

Januar/Februar 2014

Newsletter von Dr. Cornelia Ernst

Delegation DIE LINKE. in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)



DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT

GUE/NGL
Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Parlamentarische Fraktion - EUROPÄISCHES PARLAMENT

Europäische Kommune, kommunales Europa!

Als ich Dezember in Duisburg war, führten mich unsere Stadtratsgenoss/innen durch ihre Stadt. Duisburg ist kleiner als Dresden, wesentlich ärmer und hat einen monatlichen Zuzug von ca. 200 Einwanderern. Geschätzte 8000 Roma aus Bulgarien und Rumänien sind nach Duisburg gekommen. Geht man durch die Stadt, dann findet man, nicht nur das so genannte „Problemhochhaus“, wo auf kleinstem Raum an die 1000 Menschen leben, sondern an jeder Straßenecke Vereine und Organisationen zur Beratung und Betreuung der Neuankömmlinge.

Duisburg selbst ist mit 2 Mrd. Euro hoch verschuldet. Es ist auf private Betreiber solcher Häuser angewiesen, weil die Stadt selbst keinen sozialen Wohnungsbau betreibt und keine Wohnungen hat. Die Stadt erarbeitete ein Handlungskonzept zur Integration der Einwanderer, das ca. 18 Mio Euro zwingend benötigt. Das Land hat nur 1,6 Mio herausgerückt. Es gibt kein Programm der Regierung, das auf die erhöhten Integrationsbedürfnisse dieser Region zugeschnitten ist. Dafür gibt es eine EU-Roma-Strategie, die zur Wohnungs- Bildungs- Gesundheits- und Arbeitsintegration Vorgaben macht. Aber die wird nicht „verordnet“, es mangelt an Verbindlichkeit. Duisburg kann aufgrund der hohen Verschuldung selbst keine EU-Mittel abfassen. Es sei denn, die Kofinanzierung würde das Land übernehmen, tut es aber nicht. Ab 2014 sieht sowohl der EFRE-Fonds als auch der ESF-Fonds spezielle Fördermöglichkeiten für „marginalisierte Gemeinschaften“ besonders „von Diskriminierung Betroffene“ vor.

Nun muss regional gehandelt werden, das heißt auf Landesebene. Die Duisburger aber werden vom Land hängen gelassen. Also tun sie das, was geht. Roma-Kinder werden mit Erfolg beschult, Eltern gleich mit einbezogen. Dennoch sorgt das fehlende Zusammenspiel zwischen EU und Landespolitik dafür, dass Probleme aufgetürmt werden. Plus den Rassismus, geschürt vom Ex-Innenminister und dem bayrischen Großfürsten in Union, zusammen mit dem britischen Premier. Weil sie die von ihnen verzögerte, aber nicht verhinderte Freizügigkeit von Bulgarien und Rumänien nicht noch weiter verschieben konnten, schlugen sie im Europäischen Rat

vor, die Freizügigkeitsrichtlinie zu novellieren. In den ersten drei Monaten sollen Einwanderer keine Sozialhilfe leisten, Sozialhilfeleistungen sollen gekürzt werden, wenn jemand arbeitslos wird oder ist. Die Kommissare Reding und Andor wiesen dies zurück, übrigens mit breiter Unterstützung des Europaparlamentes. Eine pauschale Absenkung der Sozialhilfe für Einwanderer verstößt gegen EU-Recht und kann in der Bundesrepublik nicht durchgesetzt werden. So zeigt sich die enge Verknüpfung von EU-; Landes- und kommunaler Politik. Und die Fragen sind immer konkret, auch in Bezug auf die Frage, wie wir einen Politikwechsel in der EU hinbekommen. Die EU zum Hort des Bösen zu erklären, bringt uns nicht weiter. Abgesehen davon, dass es die Politik der Regierungen im Rat, die die Musik in der EU weiterhin bestimmen wollen, also Merkel und Co., entlastet, ist es auch noch falsch. Der Fiskalpakt zum Beispiel, mit dem ganze Mitgliedsstaaten ausgeblutet werden können, wurde weder vom Europaparlament noch von irgendeinem anderen Parlament der Welt beschlossen. Aber von 25 Regierungschefs.

Genau deshalb brauchen wir eine andere, soziale und gerechte EU-Politik. Natürlich muss die EU reformiert werden! Für diese Frage müssen wir uns auf die europäische Ebene einlassen, sie als eine eigenständige Politikebene geistig wahrnehmen, politisch betreiben und nicht als Wurmfortsatz des Bundestages betrachten. Wir müssen klären, wie wir die Demokratie auf dieser Ebene stärken wollen, damit die Mitsprache der Bürger/innen erleichtert wird. Welche konkreten Aufgaben müssen wir in den einzelnen Politikfeldern angehen? Wie kriegen wir es hin, Rechtsextremisten und -populisten auf EU-Ebene wirksam zu bekämpfen? Wir sind als Linke die Einzigen, deren Ziel es ist, eine Sozialunion auf europäischer Ebene zu entwickeln.

Niemand sonst steht für diesen Politikansatz und gilt aus dieser Sicht als glaubwürdig. Deshalb hat die Europäische Linke Alexis Tsipras zu ihrem Europäischen Spitzenkandidaten gewählt, die beste Antwort, die sich Merkel und C. wahrhaft verdient haben. Und wer jetzt noch fragt, wieso man am 25. Mai zu den Europawahlen gehen soll, dem kann man nur sagen: Komm, wähle die Linken, egal wo!

Europäisches Parlament
Delegation DIE LINKE. in der GUE/NGL
Rue Wiertz, ASP 6F154
B-1047 Brüssel
cornelia.ernst@europarl.europa.eu
Manuela Kropp: +32 (0)228-47660
Lorenz Krämer: +32 (0)228-37660
Fax: +32 (0)228-49660
manuela.kropp@europarl.europa.eu
lorenz.kraemer@europarl.europa.eu

Büro Dresden
Schweriner Straße 50a
01067 Dresden
Tel.: +49 (0)351-42690005
Fax: +49 (0)351-20699046
Jan Robert Karas
Anja Eichhorn
europa@cornelia-ernst.de

Büro Leipzig im linXXnet
Bornaische Straße 3d
04277 Leipzig
Tel.: +49 (0)341-3081199
Juliane Nagel
juliane.nagel@linxxnet.de

Büro Chemnitz im Rothaus
Lohstraße 2
09111 Chemnitz
bei Anfragen:
Tel.: +49 (0)351-42690005
europa@cornelia-ernst.de

Europakontaktbüro Bautzen
Seminarstraße 5
02625 Bautzen
Tel./Fax: +49 (0)3591-270561
Sven Scheidemantel
bautzen@cornelia-ernst.de

Newsletter von Dr. Cornelia Ernst

Delegation DIE LINKE. in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)

Januar/Februar 2014

DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT

GUE/NGL
Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Parlamentsfraktion - EUROPÄISCHES PARLAMENT

Deutsche Gründlichkeit: Schutz für Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien

Im März 2013 beschloss die Bundesregierung ein Kontingent von 5000 Bürgerkriegsflüchtlingen aus Syrien in Deutschland aufzunehmen. Im Rahmen der Innenministerkonferenz im Dezember desselben Jahres wurde diese Zahl auf 10.000 verdoppelt.

Vergegenwärtigt man sich die immense Zahl von über 2 Millionen Menschen, die bisher aus den Wirren des Syrien-Krieges geflüchtet sind und die sich nach Angaben des UNHCR im Laufe des Jahres 2014 verdoppeln wird, erscheint diese Zahl lächerlich. Der Zugang zu dem besonderen Status als Kontingentflüchtling ist zudem äußerst kompliziert. Demnach soll ein großer Teil des Kontingentes durch Flüchtlinge mit besonderen Kompetenzen zum Wiederaufbau des Landes nach dem Ende des Konfliktes gefüllt werden, faktisch durch eine gesellschaftliche Elite. Chance auf Aufnahme haben grundsätzlich nur die, die über den Libanon ausreisen, sich vor dem 31.3.2013 beim UNHCR registrieren lassen und ein kompliziertes Auswahlverfahren erfolgreich durchlaufen haben. Begünstigt werden laut Festlegung der Bundesregierung zudem EhepartnerInnen, Verwandte ersten und zweiten Grades sowie minderjährige Kinder. Erschwerend kommt hinzu, dass durch die Angehörigen in Deutschland verbindliche Verpflichtungserklärungen unterschrieben werden müssen, für den Lebensunterhalt der potentiellen Flüchtlinge sorgen müssen. Die Ausländerbehörden nehmen dann so genannte Bonitätsprüfungen vor.

Aufgrund der hohen Aufnahmekriterien waren bis Jahresende 2013 erst etwa 1700 Menschen aus den Flüchtlingslagern im Libanon über das Programm nach Deutschland gekommen, über den Familiennachzug waren es ca. 600. Viele der bereits in Deutschland lebenden Verwandten, die eine reguläre Aufenthaltserlaubnis oder einen deutschen Pass haben müssen, können es sich schlichtweg nicht leisten ihre Angehörigen zu versorgen.

Sachsen gehört zu den letzten Bundesländern, die im November 2013 mittels Erlass einer Aufnahmeordnung den Weg zur Aufnahme der Kontingentflüchtlinge frei gemacht haben. Im November waren lediglich 17 Menschen in Sachsen angekommen, zwei Familien wurden in Nordsachsen und eine in Chemnitz untergebracht.

Im Jahr 2013 lag die Gesamtzahl der Asylsuchenden aus Syrien bei etwa 10.000. Wohlgemerkt sind dies nur die, die den Weg nach Deutschland erfolgreich genommen haben. Die Kontingentflüchtlinge sind AsylbewerberInnen insofern besser gestellt, als dass sie das

Asylverfahren nicht durchlaufen müssen, sondern eine Aufenthaltserlaubnis für zwei Jahre erhalten, die gegebenenfalls verlängert werden kann. Dass die Schutzmaßnahme nur temporär ist und damit nicht den Status von Resettlement hat, war der Bundesrepublik besonders wichtig. Die Auserwählten sind zudem berechtigt einer Erwerbstätigkeit nachzugehen.

Fakt ist: die Kontingente für besonders schutzbedürftige Menschen auf der Flucht müssen erhöht werden. Vor allem müssen aber auch die bürokratischen Hürden zur Erlangung des besonderen Status vermindert bzw. abgeschafft werden. Nicht zuletzt bedürfte es einer dauerhaften Aufenthalts-Perspektive in Deutschland, für die, die bleiben wollen.



Flüchtlinge aufnehmen, Nicht Bekämpfen!

Nach Angaben der International Organization for Migration (IOM) haben seit 1998 mehr als 19.000 Menschen an den Außengrenzen der EU ihr Leben gelassen. Grund ist die menschenverachtende Politik der EU und ihrer Mitgliedsstaaten, die ganz offen auf die Abwehr von Migration ausgerichtet ist. Kernstück dieser verfehlten Politik ist die sogenannte Dublin -Verordnung, der zufolge derjenige Mitgliedsstaat für einen Asylantrag zuständig ist, wo der oder die AntragstellerIn in die EU eingereist ist. In den meisten Fällen ist das Italien oder Griechenland, nördlichen EU-Staaten wie Deutschland dagegen selten. Obendrein ist es etwa in Griechenland nach wie vor die Regel, Asylsuchende bis auf Weiteres einzusperren unter unerträglichen Bedingungen. Selbst unbegleitete Minderjährige dürgen noch immer in der EU inhaftiert werden.

Es ist nun dringend notwendig, einen neuen Anlauf für eine gerechte und humane Flüchtlingspolitik zu starten und Öffentlichkeit dafür herzustellen. Zu diesem Zweck habe ich eine Unterschriftenkampagne initiiert, um die Bundesregierung aufzufordern, endlich initiativ zu werden. Ich bitte Eure Unterstützung und die Weiterverbreitung der Petition. **Den Link zur Petition findet ihr unter: www.cornelia-ernst.de**

Alle Info's zur politischen Arbeit von Cornelia Ernst findet ihr unter: www.cornelia-ernst.de